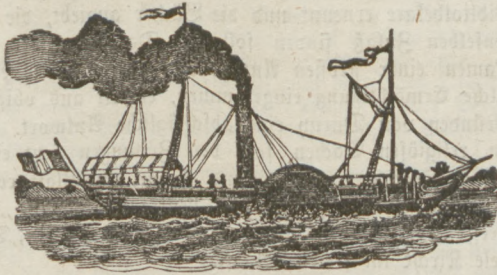


Danziger Dampfboot.

№ 295.

Freitag, den 16. December.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Vortheilsgasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr



1864.

33ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr, werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Jllgen & Fort. G. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Mittwoch 14. December.

Aus Kopenhagen meldet man: Das Landesthing unterstützte das Ministerium durch die Annahme der Regierungsvorlage in Betreff der Beschränkung der Novemberverfassung. Auf Eschering's Antrag wurde die vom Reichsrathe beschlossene Aufhebung der Novemberverfassung verworfen. Der Finanzminister drohte mit der Auflösung des Volksthings, falls in dem gemeinsamen Ausschusse des Reichsraths die eiderdänische Opposition des Volksthings siege. Dr. La Lehmann, welcher das Ministerium wegen seiner despotischen Eingriffe in die Volksfreiheit angriff, wurde zur Ordnung gerufen.

Hamburg, Mittwoch 14. December.

Der österreichische Fregattenkapitain Fund, designirt als Mitglied der in Kopenhagen zusammentretenden Kommission zur Taxation der dänischerseits gemachten Preisen, ist heute hier eingetroffen. Der preussischerseits ernannte Regierungsrath Ed wird ebenfalls erwartet.

Hamburg, Donnerstag 15. December.

Den „Hamburger Nachrichten“ wird aus Kiel gemeldet, die oberste Civilbehörde habe erklärt, das Versprechen des Gehorsams Seitens der Beamten genüge; dem Rechtsbewußtsein der Einzelnen solle kein Zwang angethan werden. — Die Angelegenheit scheint hiermit erledigt zu sein.

Altona, Donnerstag 15. December.

Der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“ wird mitgetheilt, daß die Regierung in Kiel, gutem Vernehmen nach, von den Civilkommissaren den Auftrag erhalten habe, mit Ausnahme des Post- und Telegraphenwesens, auch die Verwaltung des Herzogthums Schleswig mit zu übernehmen. Ob sämtliche bisherigen Räte bleiben, oder neue eintreten, sei noch nicht ausgemacht.

Elberfeld, Donnerstag 15. December.

Bei der heute in Rheinberg stattgehabten Ersatzwahl ist der Landrath von Ernsthausen mit 105 gegen 68 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden. Gegenkandidat war der Stadtrath Hermann Duncker in Berlin.

Turin, Donnerstag 15. December.

Die „Gazetta ufficiale“ veröffentlicht ein vom 11. December datirtes Gesetz über die Verlegung der Hauptstadt. Zugleich wird ein königliches Dekret veröffentlicht, welches die zwischen Frankreich und Italien am 15. September v. J. abgeschlossene Convention sanctionirt.

Madrid, Mittwoch 14. December.

Die „Noticias“ melden offiziell, daß England die Rebellen auf St. Domingo als kriegsführende Macht anerkennt und daß das Ministerium Narvaez seine Entlassung eingereicht habe. — Die „Epoca“ theilt mit, daß der Ministerrath einstimmig beschlossen hatte, in der Thronrede die Verzichtleistung auf St. Domingo auszusprechen. Durch die Weigerung der Königin, diesem Beschlusse Folge zu geben, sei die Ministerkrise entstanden.

London, Mittwoch 14. December.

Aus Mexiko war gemeldet, daß die französischen Truppen Mazatlan, das kurz vorher von den Juaristen geräumt war, besetzt haben, und daß der juaristische General Alvarez, nachdem er die kaiserlichen Truppen geschlagen, gegen Acapulco vorrückte.

Berlin, 15. December.

— Bekanntlich hatte das Haus der Abgeordneten wiederholt, und zwar im Jahre 1862 und 1863, den Beschluß gefaßt und bei der Staatsregierung den Antrag gestellt, eine Ermäßigung des Salzpreises baldigst herbeizuführen. In Folge des wiederholten Beschlusses hat die Staatsregierung die Frage wiederholt in Berathung gezogen, ob es gerathen sein dürfte, das Salzmonopol beizubehalten, oder ob es zweckmäßiger sei, unter Aufhebung des Monopols an Stelle desselben eine feste Steuer einzuführen. Wie wir hören, hat sich das Staatsministerium für Beibehaltung des Monopols entschieden, und zwar sind hierbei, wie uns mitgetheilt wird, namentlich die folgenden beiden Gesichtspunkte maßgebend gewesen: 1) daß, wenn die mehr als 6 Millionen Thaler betragenden Ueberschüsse aus dem Salzmonopol durch die Einführung einer Salzsteuer gedeckt werden sollten, die zur Erhebung und Sicherung dieser Steuer erforderlichen Maßregeln für das Publikum lästiger sein würden, als die zur Sicherung des Monopols angeordneten Kontrollen; sodann 2) daß bei dem Monopol das Speisesalz in allen Theilen der Monarchie zu gleichen Preisen verkauft werden kann, während bei Einführung einer Salzsteuer diejenigen Theile des Staates, die von Salinen und Einfuhrhäfen entfernt gelegen sind, unbedingt nicht unerheblich erhöhte Preise zu zahlen haben und deshalb von einer solchen Maßregel hart betroffen werden würden, im Verhältniß zu den Bewohnern von den den Bezugsquellen näher belegenen Landestheilen. Diese Uebelstände würden jedenfalls die Vortheile aufwiegen, welche einer Aufhebung des Salzmonopols scheinbar das Wort reden.

— Eine Correspondenz aus Dresden in der „Allg. Ztg.“, die aus officiöser Quelle zu stammen scheint, giebt für den langen Umweg, welchen die sächsischen Truppen behufs der Rückkehr in ihr Heimathland machen sollen, die Erklärung, es sei von der preussischen Regierung der sächsischen die Besorgniß vor Conflicten ausgesprochen worden, in welche die sächsischen Truppen verwickelt werden könnten. Nach der hier darüber gegebenen Version ist allerdings gleich nach dem Bundesbeschluß vom 5. d. M. die sächsische Regierung von hier aus ersucht worden, den Abmarsch ihrer Truppen aus Holstein möglichst zu beschleunigen, damit die Gefahr weiterer Conflicten vermieden werde, es sei aber keineswegs die Meinung gewesen, damit auf Vorfälle hindeuten zu wollen, welche bei dem Durchmarsch der sächsischen Truppen durch preussisches Gebiet sich ereignen könnten. — Mit Hinblick auf die sich von Zeit zu Zeit erneuernden Mittheilungen, über angebliche Verhandlungen, die von hier aus mit dem Herzoge Friedrich oder dessen Bevollmächtigten gepflogen sein sollen, wollen wir bemerken, daß, wie wir von zuverlässig gut unterrichteter Seite erfahren, seit mehreren Monaten durchaus keine Verhandlungen solcher Art stattgefunden haben. Wenigstens versichert man uns mit Bestimmtheit, daß dies bis vor wenigen Tagen der Stand der Sache gewesen sei und liegt kein Grund zu der Vermuthung vor, daß derselbe seitdem sich verändert habe.

— In der am 10. d. stattgefundenen Generalversammlung der deutschen Genossenschaftsbank wurde an Stelle des auf Veranlassung des Justizministers ausgeschiedenen Stadtgerichtsrath Twetten Herr von Unruh in den Aufsichtsrath gewählt. Demnächst wurde der Kreisgerichtsrath Parrisius in Branden-

burg als zweiter Geschäftsinhaber in die Gesellschaft aufgenommen. Endlich wurde die Erhöhung des Actien Capitals von 250,000 Thln. auf 270,000 Thlr. beschlossen, weil Seitens mehrerer Genossenschaften noch Zeichnungen eingegangen und die Annahme derselben dringend gewünscht war. Die Bank nunmehr die Firma Deutsche Genossenschaftsbank von Sörgel, Parrisius u. Comp. führen und ihre Geschäfte am 1. Januar 1865 beginnen.

— Der Züricher „Weiße Adler“, das polnische Emigrationsorgan, bemerkt, was kürzlich von einer Demarcationslinie gesagt wurde, welche den deutschen von dem polnischen Theil Polens auscheiden soll: Es handle sich bei diesem „Bismarck'schen Project“ vielmehr darum, ein Stück des Königreiches Polen (Kongresspolen) zur Verabredung der preussischen Grenze zu übernehmen, und Rußland soll bereit sein, dasselbe abzutreten. (?)

In Altona erfolgte am 12. d. M. um 8 Uhr Morgens die Ablösung der Hannoveraner auf der Hauptwache durch eine Abtheilung des Ostpreussischen Infanterie-Regts. Nr. 43. Die Preußen marschirten mit voller Musik, begleitet von einer ansehnlichen Menschenmenge, zur Ablösung auf, die in der üblichen Weise stattfand. Zur selben Zeit rückte das in Altona bequartiert gewesene Bataillon des 5. hannoverschen Regiments gleichfalls unter klingendem Spiele nach Hamburg und von da über Wilhelmsburg weiter ab.

— Am 11. d. M. rückte in Eckernförde das 2. Bataillon des 8. Pommer'schen Infanterie-Regts. Nr. 61 ein und wurde, da die Kaserneneinrichtung noch nicht vollständig beschafft ist, einstweilen in der Stadt einquartirt. Am 12. zog das 2. Bataillon des 2. Schlesischen Grenadier-Regts. Nr. 11 mit klingendem Spiele daselbst durch nach Fleckby, von wo es seinen Marsch in den nächsten Tagen weiter nach Flensburg fortsetzen wird, um daselbst in Garnison zu verbleiben.

Flensburg, 12. Dec. Aus bester Quelle können wir berichten, schreibt die „Nat. Ztg.“, daß Kiel definitiv als künftiger Regierungssitz ausersehen worden ist. Es wird bereits nach und nach mit dem Einpacken der entbehrlichen Archive begonnen, jedoch bleibt die Regierung in diesem Monat bestimmt hier. Bald nach Neujahr wird die Uebersiedelung vor sich gehen. — Auf dem hiesigen Friedhofe werden, dem Vernehmen nach, zu Ehren der daselbst ruhenden Opfer des Krieges drei Denkmäler errichtet werden. Das eine von Seiten Oesterreichs, das andere von der preussischen Regierung, das dritte von der Stadt und zur besonderen Erinnerung an die Gebliebenen aus den Jahren 1848 — 1851. — Aller Wahrscheinlichkeit nach erhalten wir als Garnison 1 oder 2 Bataillone vom 11. Regiment (Schlesier).

Au, 14. Dec. Gestern flog eine benachbarte Pulvermühle, die sogenannte Amühle, in die Luft, wobei zwei Menschen ihr Leben einbüßten und ein dritter lebensgefährlich verwundet wurde.

München, 11. Decbr. Eine Correspondenz der „A. Allg. Z.“ von hier bestätigt, daß die Wiener Nachricht, Baiern habe die Staaten der dritten des deutschen Bundes zur Conferenz in München eingeladen und Sachsen sei damit einverstanden, unrichtig sei, will aber damit nicht gesagt haben, daß ein solcher Schritt im Widerspruch wäre mit dem Geiste, der die äußere Politik Baierns durchweht, ganz im Gegentheil. Wenn bis jetzt von dem

